

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Briefporto beträgt 32.— M., bei Selbstabholung 27.75 M. — Preis der Einzelnummer 1.50 M. — Telefon für Kantor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24508. Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24508

Inseratenpreise: Die 8spaltige Kolonelle ober deren Raum 6.— M., bei Platzvorschrift 7.20 M.; Familiennachrichten, die 8spaltige Zeile 4.80 M.; Reklame-Kolonelle 24.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Ein wichtiger Vorstoß.

### Riesendemonstrationen in allen Städten. Die Arbeitsruhe allgemein.

Am gestern von den drei politischen Arbeiterorganisationen in Verbindung mit den Gewerkschaften veranstalteten Demonstrationen bildeten einen wichtigen Vorstoß im Kampfe um die Sicherung der deutschen Republik. Aus allen Orten wird eine Riesendemonstration der Arbeiter, Beamten und Angestellten gemeldet. Die Betriebe waren im ganzen Reich fast geschlossen. Auch die Beamten und Angestellten hatten sich der Parole der Arbeiterorganisationen fast allgemein angeschlossen. In den Großstädten ruhte der Verkehr vollständig, so daß sich niemand der Geschäftlichkeit und Wucht der Veranstaltungen zu verschließen vermochte. Dies ist um so höher anzuschlagen, als am gestrigen Tage die bürgerlichen Republikaner, soweit sie in der demokratischen Partei und in den rechtsstehenden Gewerkschaften vorhanden sind, ihre Teilnahme an den Veranstaltungen abgelehnt hatten, die bei den Demonstrationen am vergangenen Dienstag immerhin eine Reihe Demonstranten stellten, die freilich im Verhältnis zu der Riesendemonstration der Arbeiterbevölkerung keine allzu große Bedeutung hatten. Die Geschäfte waren in den Großstädten fast geschlossen und selbst die Börsen hatten sich im Reich durch einen Börsensturz der Demonstration, gezwungen durch die letzte Kurshausse, angeschlossen, so daß gestern keine Notierungen erfolgten.

Zweifellos hat das am Abend vorher erfolgte Attentat auf Harden dazu beigetragen, die Erregung der Masse zu erhöhen, um so mehr, da nunmehr positiv festgestellt ist, daß es sich auch hier um ein planmäßig vorbereitetes Verbrechen handelt, bei dem die Lubendoffleute ihre Hand im Spiele haben. Der zweite der Attentäter ist noch nicht verhaftet worden, aber aus seinen Personalien, die festgestellt sind, geht hervor, daß es sich um einen Oberleutnant a. D. handelt, der die Schläge auf Harden ausübte. Auch das gleichzeitig bekanntgewordene Bombenattentat auf das Mannheimer Volkshaus hat zur Erregung der Massen nicht wenig beigetragen, und es ist daher verständlich, wenn in einzelnen Orten die Erregung der Massen sich Luft machte, indem sie provokatorisch stehengebliebene Insignien und Wahrzeichen der Monarchie entfernte. Im übrigen tragen alle die Meldungen über erfolgte Zusammenstöße ganz offensichtlich den Stempel der Machinationen bürgerlicher Korrespondenzbüros, die damit das Ziel verfolgen, die einheitliche und geschlossene Wucht der Demonstration herabzumildern. Selbst dem Leipziger Herfurtsorgan ist die gestrige zweite Demonstration in die Knochen gefahren. Es schreibt, daß die Demonstration der vom vergangenen Dienstag nicht nachgekommen habe und daß auch die Demonstrationen im Reich im allgemeinen ruhig verlaufen seien.

Die arbeitende Bevölkerung des ganzen Reiches hat sich gestern gelobt, die gegenwärtige Bewegung nicht wieder im Sande verlaufen zu lassen. Die gesamte republikanische Bevölkerung darf nicht früher ruhen, bis auch die feinsten Verzweigungen der monarchistisch-nationalistischen Widerbündnisse aufgedeckt worden sind. Getragen durch die Wucht der Demonstrationen wird die Reichsregierung verpflichtet, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um den nationalstolischen Hebern und Propagandisten endgültig das Handwerk zu legen, so daß die Republik bis in die Tiefen des gesamten Staatsorganismus verankert wird.

### Massendemonstration in Berlin.

Berlin, 5. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrige Demonstration der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften war von einer ungeheuren Wucht. Daß sie ohne Zweifel ein neues, ein neuer schöner Beweis für die Disziplin und den gesunden Sinn der organisierten Arbeiterschaft. Denn es war nicht leicht, bei einem solchen Zustrom von Demonstranten, bei dem notwendigen Teilen und Wiedervereinigen von Zügen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Platz an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche war schwarz. Kopf an Kopf stand die Menge bis weit in die auf ihn mündenden Straßenzüge hinein und immer noch rückten neue Züge an. Für denjenigen, der die Ausmaße der neuen Straßen in Berliner Westen kennt, mag es genügen, zu sagen, daß die von Lichtenberg heranziehenden Genossen allein die ganze Tauentzienstraße vom Wilhelmplatz bis zur Gedächtniskirche füllten, obwohl sie auf beiden Seiten des mittleren Anlagestreifens marschierten. An der Gedächtniskirche spielten Musikkapellen. Die Internationale und andre Lieder wurden von Arbeiterschören gesungen und von den Massen aufgenommen. Dann rückte man wieder ab. Da der Kurfürstendamm nicht ausreichte, um die Demonstranten aufzunehmen, wurden die Züge außerdem noch durch verschiedene andre Straßenzüge geleitet. Ueberall, auch im Bürgerpark merkte man, daß diese Kundgebung, die zum ersten Male durch die Straßen der Wohlschauen den ein noch einen gewaltigen Eindruck gemacht hat. In gleicher Weise imponierten die Massen der Demonstranten, wie der Ernst und der Will, der sich in der Kundgebung ausdrückte.

Aus dem Reich her wird ebenfalls nur Gutes von den Demonstrationen gemeldet. In Götting, Magdeburg, Halle a. S., Hamburg, Duisburg, Kiel, Elberfeld, Königsberg, München, Köln, Bremen, überall sind, wie dem Nachrichtenblatt gemeldet wird, ungeheure Massen auf den Beinen gewesen. Die gestrigen Demonstrationen haben überall stattgefunden und nur aus Magdeburg, Düsseldorf und Köln werden keine Zusammenstöße gemeldet, die aber anscheinend ganz unbedeutend waren.

### Eine Willenskundgebung der Leipziger USP-Funktionäre.

#### Für Eintritt in die Reichsregierung.

Am Dienstag abend beschäftigte sich eine von über 1000 Genossen besuchte Funktionärerversammlung der USP. Groß-Leipzig mit der gegenwärtigen Lage, wie sie durch die Ermordung Rathenau und die Beschlüsse der Reichskonferenz geschaffen worden ist. Die Aussprache war eine außerordentlich lebhaft. Bis auf einen Redner wurde von allen übrigen der Beschluß der Konferenz restlos gebilligt. Die Frage des Regierungseintritts sowohl, als auch die Einigungsfrage wurden eingehenden Erörterungen unterworfen. Insbesondere die Haltung der Kommunisten bei der Demonstration am Nachmittag hatte eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Ueber die Gründe derselben berichtete wir an anderer Stelle dieses Blattes. Die Auffassung war allgemein, daß angesichts dieses feuer Treubruches der Kommunisten eine weitere gemeinsame Betätigung mit der von Moskau inspirierten Partei bzw. ihren Führern unmöglich wird. Die Versammlung war sich klar darüber, daß nicht die Arbeiter der kommunistischen Organisation die Träger dieser Zersplitterungstendenzen sind, sondern daß die Führer damit ihre eigenen Geschäfte besorgen, im Gegensatz zu den kommunistischen Arbeitern, die den Willen zur Einheit in eben so starkem Maße bekunden, wie die Arbeiter der übrigen Parteien und der Gewerkschaften. Nur ein Redner äußerte sich gegen diesen Beschluß und auch dieser nur aus rein taktischen Gründen.

Die Abstimmung über die Resolution erfolgte gegen Mitternacht, indem, um vollständige Klarheit zu schaffen, abwechselnd Abstimmungen vorgenommen wurden. Der erste Absatz wurde gegen etwa zehn bis zwölf Stimmen gebilligt. Gegen den zweiten Absatz erhoben sich etwa 15 Stimmen und auch der dritte Absatz wurde mit derselben überwältigenden Mehrheit angenommen. Die Resolution lautet:

Die Funktionäre der USP. Leipzigs billigen die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 2. Juli 1922. Sie erklären, daß unter den gegenwärtigen Umständen durch den Eintritt in die Regierung der energische Versuch gemacht werden muß, den Bestand der Republik zu sichern und die Anschläge auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse abzuwehren.

Die Funktionäre sind der Ueberzeugung, daß der Kampf um die Erhaltung und die Erweiterung der Arbeiterrechte nur erfolgreich geführt werden kann, wenn das Proletariat einig und geschlossen zusammensteht. Da die Führer der SPD. immer wieder die gemeinsamen Ziele zu verfolgen, muß es die USP. ablehnen, fernerhin mit den feigen Führern der SPD. gemeinsame Aktionen zu veranstalten. Die Funktionäre erwarten aber auch von der SPD. und den Gewerkschaften, daß sie ihre ganze organisatorische Macht für die Bekämpfung der gemeinsamen Forderungen einsetzen und endgültig mit der verderblichen Politik der Vergangenheit brechen.

Stellt sich im Verlauf dieses Kampfes heraus, daß die beiden sozialistischen Parteien von gleicher Auffassung getragen sind und daher zu gleichem Handeln kommen, dann kehrt einer organisatorischen Vereinigung derselben nichts im Wege.

Eine weitere Zusatzresolution, die dem letzten Absatz der vorstehenden Entschließung eine positivere Form geben wollte, wurde abgelehnt. Nicht, weil man die kommende Vereinhaltung der sozialistischen Parteien verhindern wollte, sondern die Mehrheit der Funktionäre ließ sich von der Erwägung leiten, daß der organischen Entwicklung der Dinge nicht vorgegriffen werden darf. Alle Redner betonten indes die Notwendigkeit, daß mit allen Kräften auf die Bereinigung der sozialistischen Arbeiterparteien hingewirkt werden müsse, um endlich der Zersplitterung ein Ende zu machen und um die Reihen der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das nationalstolisch-monarchistische Bürgertum fest zusammenzuschließen.

Die mit so überwältigender Mehrheit angenommene Entschließung bekundet den Willen der Leipziger Parteifunktionäre, die Beschlüsse der Reichskonferenz unbedingt zur Durchführung zu bringen. Die Parteiorganisation von Groß-Leipzig ist die stärkste des ganzen Reiches und bildet somit eine der wichtigsten Positionen der USP. Sie bekundet mit obestehender Entschließung die Absicht, den Beschlüssen der Reichskonferenz eine starke Grundlage zu schaffen und zeigt, daß nicht nur ein großer Kreis der führenden Genossen, sondern auch die Masse der Parteimitglieder angesichts der gegenwärtigen Situation den Eintritt in die Regierung als ein Gebot der Notwendigkeit erachtet. Bei den Beratungen zwischen den Parteien über die Grundlagen für den Regierungseintritt wird der Beschluß der größten Parteiorganisation nicht ohne Wirkung bleiben können.

## Was bedeutet heute die Koalitionsregierung?

Von D. Jenßen.

Die Reichskonferenz der USP. hat durch ihren Beschluß die Zentralinstanzen ermächtigt, mit der SPD. und den Gewerkschaften über den Eintritt in eine Koalitionsregierung zu verhandeln. Das bedeutet einen wichtigen neuen Abschnitt in der proletarischen Politik und wir müssen uns klar sein über die Ursachen und Folgen der etwaigen Bildung einer solchen Koalitionsregierung.

Es ist selbstverständlich, daß der Nord an Rathenau als politisches Wetterzeichen den Drang der Massen nach einheitlichem Handeln gestärkt und manche Schranke zwischen den sozialistischen Parteien niedergerissen hat. Die Organisation der Gegenrevolution bewies zu deutlich, wie wichtig im Kampfe gegen sie die Beherrschung des Staatsapparates ist. Diese Herrschaft kann aber nur dann einigermaßen gesichert sein, wenn die Sozialisten die Regierung bilden oder doch in der Regierung einen überwiegenden Einfluß haben. Dadurch muß sich die kommende Koalitionsregierung von der bisherigen Koalition unterscheiden. Die Sozialisten müssen nicht nur ein Anhängel der bürgerlichen Parteien sein. Sie müssen wirklich demokratische Politik treiben können und auch in wirtschaftlichen Fragen den Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse kräftigen Nachdruck verleihen.

Der Nord an Rathenau hat gezeigt, wie wichtig die Demokratie für den Kampf der Arbeiterklasse ist. Er hat aber auch jedem, der sehen will, bewiesen, daß die Demokratie nicht nur in Wahlrechtserweiterungen bestehen darf, sondern daß ein Umbau des Staatsorganismus erfolgen muß, damit die Allmacht der Bureaucratie als Kaste gebrochen wird. Das erfordert Zeit und energische Maßnahmen, die sich nicht gleich praktisch auswirken. Praktisch auswirken muß sich aber sofort das Vorgehen gegen die aktiven Elemente der Gegenrevolution gegen ihre bewaffneten Formationen. Praktisch auswirken muß sich die Stärkung der Reichsgewalt, die keinen Partikularismus wie den bayerischen auf die Dauer dulden kann.

Aus dieser Lage ergibt sich die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte, die an dem Schutz der Republik, wie man es nennt, interessiert sind.

Das ist heute möglich in der Koalitionsregierung, wenn es dem Proletariat gelingt, in dieser Regierung seinen Einfluß geltend zu machen. Voraussetzung hierfür ist ein gemeinsames Wirken der proletarischen Koalitionsparteien und die klare Erkenntnis, daß es sich bei der Koalitionsregierung um ein Uebergangsstadium handelt, das aus dem Gleichgewicht der Klassen entspringt. Das Proletariat ist noch nicht stark genug, allein die Regierung zu übernehmen, während eine bürgerliche Klasse nicht gegen das Proletariat regieren kann. Es ergibt sich dann entweder eine vom Proletariat gebildete bürgerliche Regierung, eventuell mit sozialistischem Einschlag, oder eine Koalitionsregierung mit überwiegend proletarischem Einfluß. Eine solche Regierung ist besonders dann notwendig, wenn dem Staate Gefahren drohen, die nur durch die Zwangsgewalt des Staates energisch bekämpft werden können. Es ist das Verhängnis Deutschlands, im Gegensatz zu Oesterreich, daß es von der Sozialdemokratie verläßt wurde, die Wehrmacht zu demokratisieren und mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Die Unzuverlässigkeit der Reichswehr ist die wirkliche Gefahr unserer Situation. Es trifft zu, was Rautsky in seinem neuen Buch\* im Kapitel über Koalitionspolitik schreibt:

Es kann der Fall vorkommen, daß eine sozialistische Partei es vorzieht, wenn das bürgerliche Regime außerordentliche Schwierigkeiten hervorruft, der Bourgeoisie die heikle Aufgabe zu überlassen, die Suppe auszulöffeln, die sie eingebracht hat, z. B. heute die Kriegesfolgen zu überwinden. Aber sehr oft kann es äußerst gefährlich für das Proletariat werden, die Verfügung über die Machtmittel des Staates uneingeschränkt bürgerlichen Elementen zu überlassen. Genosse Bauer sagt, daß in Oesterreich die Koalitionspolitik vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus gestützt war, weil es dort das Proletariat verstand, sich der Wehrmacht zu bemächtigen. Ich möchte aber noch hinzufügen: Gerade weil die Wehrmacht in proletarischen Händen war, durften die Sozialisten es riskieren, aus der Koalition herauszugehen, sobald sie ihnen un bequem wurde.

In einem Lande, in dem die Wehrmacht nicht in den Händen des Proletariats ist, und das wird für lange hinaus die Regel sein, kann es von den verhängnisvollsten Folgen werden, wenn die Sozialdemokratie die gesamten Machtmittel des Staates in rein bürgerliche Hände legt, ohne jede Kontrolle und ohne jede Einschränkung auf ihre Verwendung. (S. 104—105.)

Diese Kontrolle und Einschränkung kann natürlich der sozialistische Teil der Regierung nur dann wirklich ausüben, wenn hinter ihm ein aktives Proletariat steht, auf das sich die Regierung stützen kann, wenn sie energisch gegen die Rechtsradikalen vorgeht. Diese Unterstützung wird um so wirkungsvoller sein, je geschlossener die proletarische Front ist, je weniger seine Kräfte organisatorisch zersplittert sind. Das bedeutet nicht eine kritiklose Heeresfolge der Massen für die sozialistischen Regierungsmitglieder. Im Gegenteil: Die Gefahren dieser Uebergangsperiode der proletarischen Re-

\* Die proletarische Revolution und ihr Programm von Karl Rautsky. Verlag Vorwärts-Verlag, Berlin-Stuttgart 1922. 338 S.